

Deutschland: Christliches Tagungshaus weist Homo-Paare ab

Eine evangelische Begegnungsstätte in Sachsen-Anhalt will keine Paare mehr trauen, um Verpartnerungen gleichgeschlechtlicher Paare zu verhindern.

Homophobie kann Nachteile für verschieden- und gleichgeschlechtliche Paare haben, wie die pittoreske Jugendbildungs- und Begegnungsstätte Schloss Mansfeld zeigt: Der evangelische Förderverein hat nach einem Bericht der "Mitteldeutschen Zeitung" einen Vertrag mit dem Standesamt Mansfeld über Trauungen in der Burganlage gekündigt, damit dort keine gleichgeschlechtlichen Verpartnerungen angeboten werden müssen.



Zwar arbeitet das Schloss bereits seit 2008 mit dem Standesamt zusammen. Die Anfrage eines gleichgeschlechtlichen Paares im Februar, ob sie den schönsten Tag ihres Lebens auf dem Schloss feiern können, sorgte aber bei den Betreibern für Aufregung – und wurde als Grund angeführt, den Stecker zu ziehen: "Eine Familie besteht in unseren Augen aus Vater, Mutter und Kind", erklärte Frank Ranneberg, der Chef des Fördervereins. "Wir haben natürlich einerseits kein Recht, andere Lebensmodelle abzulehnen. Aber wir haben auch unsere eigenen, konservativen Werte."

Der Verein hatte noch beim Standesamt angefragt, ob man weiterhin Hochzeiten anbieten, aber gleichgeschlechtliche Verpartnerungen verbieten könne. Die Stadt lehnte das aber ab. Bürgermeister Gustav Voigt, ein Politiker der Freien Wählergemeinschaft, erklärte gegenüber der "Mitteldeutschen Zeitung", dass eine Verwaltungsvorschrift eine derartige Ungleichbehandlung zwischen Homo- und Heterosexuellen nicht zulasse. Bis August werden nun noch 18 angemeldete Hochzeiten für verschiedengeschlechtliche Paare durchgeführt.

Linksfraktion und LSVD fordern Konsequenzen

In der Landespolitik stösst das Gebaren der evangelischen Beratungsstätte, die in den letzten Jahren stattliche Steuermittel in Höhe von rund zwei Millionen einheimste, auf Unverständnis. Gleichstellungsministerin Anne-Marie Keding (CDU) nannte es "sehr bedauerlich, dass es immer noch Vereine in Sachsen-Anhalt gibt, die so ablehnend auf Lebenspartnerschaften reagieren." Die linke Vize-Fraktionschefin Eva von Angern, die auch gleichstellungspolitische Sprecherin der Oppositionsfraktion ist, bezeichnete das Vorgehen des christlichen Vereins als "verfassungswidrig" und forderte Konsequenzen.

Der Lesben- und Schwulenverband in Sachsen-Anhalt forderte am Freitag als Reaktion auf das Ende der Hochzeiten auf dem Schloss Mansfeld, dass künftig keine Institutionen mehr staatlich gefördert werden dürften, "die sich in dieser diskriminierenden Art und Weise gegen Lesben und Schwule und deren Art zu leben und zu lieben ereifern." LSVD-Sprecherin Grit Merker betonte: "Auch wenn die Landeskirche die Ehe lange Zeit als Verbindung von Mann und Frau definierte, wird spätestens in der Orientierungshilfe der EKD diese Sicht aufgegeben. Aus einer modern-protestantischen Perspektive wird heute nicht mehr nach der äusseren Form einer Partnerschaft, sondern nach den dort gelebten Werten gefragt."

In seiner Satzung schreibt der Förderverein, die Begegnungsstätte stehe unterschiedlichen Gruppen offen, allerdings dürften diese mit "ihrem Lebenswandel der Aufgabenstellung des Hauses nicht widersprechen" – was offenbar auf Homosexuelle angewandt wird. Allerdings hatte selbst die Evangelische Landeskirche in Mitteldeutschland in einem Synodalbeschluss bereits 2012 der Segnung

gleichgeschlechtlicher Paar zugestimmt und erklärt, die Diskriminierung von Homo-Paaren sei "unvereinbar mit dem christlichen Menschenbild".

queer.de / 7.4.2017